

Bezugsbedingungen und Einzelnenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.M. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 292
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.M. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Notgesetz in Gefahr.

Man will freiwillige Mehrarbeit dulden.

Vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird uns geschrieben:

Ueber ein Monat ist schon vergangen, seitdem die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen die gemeinsame Forderung auf Schaffung eines Notgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages erhoben haben.

In allen Mitteilungen kehrt als Schwerpunkt dieses Kompromisses das Versprechen der Regierung wieder, eine Änderung des § 11 Abs. 3 der geltenden Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 herbeizuführen, wodurch die bisherige Stillschließigkeit des Arbeitgebers bei Annahme „freiwilliger Ueberarbeit“ nicht etwa gänzlich beseitigt, sondern nur eingeschränkt werden soll.

Nach der übereinstimmenden Meinung der wichtigsten Kommentare müssen alle die genannten Voraussetzungen zusammenzutreffen, wenn die Duldung der Mehrarbeit straffrei bleiben soll.

daß auf diesem Wege eine Unterbindung der Mehrarbeit so gut wie niemals erfolgt ist.

Es ist also nichts als eine Geste, wenn die Regierung glaubt, durch eine geringfügige Verschärfung dieser Bestimmungen den grundsätzlichen Forderungen der Gewerkschaften auch nur näherkommen zu können.

Wie können nicht glauben, daß derartig geringfügige Änderungen des geltenden gesetzlichen Zustandes von den Regierungsparteien als ein für die Gewerkschaften tragbares Kompromiß angesehen werden.

Die von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge wollen den Achtstundentag wiederherstellen, wobei gewisse wirtschaftlich erforderliche Ausnahmen berücksichtigt sind.

Chinas Zerfall.

England sucht Verständigung mit Kanton.

London, 2. Dezember. (W.D.) Der diplomatische Berichtserstatter der „Morning Post“ schreibt: In gut unterrichteten Kreisen geht das Gerücht, daß eine wichtige Entwicklung in der britischen Haltung gegenüber der Kantonregierung binnen kurzem erwartet werden darf.

Eine Anerkennung der Kantonregierung durch eine europäische Großmacht ist eine zweischneidige Sache sowohl für China wie für England.

China so aufgewühlt wie im Boxeraufstand. London, 2. Dezember. (E.P.) Trotdem die Lage in Schanghai und anderen Plätzen Chinas eine gewisse Entspannung erfahren habe und für das Leben der Ausländer zurzeit keine unmittelbare Gefahr bestehe, konzentriert sich dennoch das gesamte Interesse der Londoner Morgenpresse auf die Lage in China.

in China angewiesen werden, jede provokatorische Handlung von Seiten der zwei dahin entsandten englischen Kriegsschiffe zu vermeiden.

Die liberale Presse fordert ein weitgehendes Entgegenkommen für die nicht ungerechten Wünsche der Chinesen nach einer Abschaffung der Vorrechte anderer Nationen.

Schanghai's Stacheldrahtverhau gegen die Kantonarmee.

London, 2. Dezember. (E.P.) Wie aus Schanghai gemeldet wird, ist die Lage in Hankau weiterhin ernst und man befürchtet stündlich den Ausbruch von Feindseligkeiten.

In Erwartung eines Angriffs der Kantontruppen auf Schanghai wurden die dortigen ausländischen KonzeSSIONen mit Stacheldrahtverhau umgeben.

Amerika und die Kantonregierung.

Washington, 2. Dezember. (W.D.) Politische Kreise äußern die Ansicht, die Regierung betrachte die amerikanischen Streitkräfte in China als ausreichend.

Großkapital statt Staatsmonopol.

Paris, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Vertreter der Arbeiter der staatlichen Streichholzfabriken haben am Donnerstag eine Besprechung mit dem Generaldirektor der staatlichen Werke über die von der Regierung beabsichtigte Abtretung des Streichholzmonopols an die Privatindustrie.

Wahlen in Dänemark.

Unter dem Zeichen schwerer Wirtschaftskrise.

Dänemark wählt heute zum Folkething, der Zweiten Kammer, und entscheidet damit über das künftige Schicksal des Kabinetts Stauning, des ersten sozialdemokratischen des Landes, das seit den letzten Reichstagswahlen im April 1924 die Regierung führt.

Stauning leitete eine Minderheitsregierung, wie sie nicht nur in Dänemark, sondern auch in den anderen skandinavischen Ländern nun schon längst zur Gewohnheit geworden sind.

Der letzte Anlaß zu der Reichstagsauflösung ist ein parteipolitischer, wenn auch der tiefste Grund wirtschaftlicher Natur ist.

Das Schicksal der dänischen Radikalen ist dem der demokratischen Parteien anderer Länder verwandt und beruht auf dem Zwiespalt zwischen politischer Liberalität und wirtschaftlicher Rückständigkeit.

Diese Erfahrung hat die Radikale Partei sowohl in ihrem Bemühen als auch in der Realität nicht verwirren können, und man versteht immerhin den Versuch, den Dve Rode in den letzten Monaten gemacht hat, mit der Bauernlinken Fühlung zu nehmen und mit ihr gemeinsam das Kabinett Stauning aus dem Sattel zu heben.

Als Stauning sich dieser ebenso groben wie verworrenen Taktik durch die unweibliche Erklärung widersetzte, er werde die von den Radikalen geforderte Einschränkung an seiner Vorlage, gegen die Konservative wie Bauernlinke sowieso stimmten, mit Reichstagsauflösung beantworten, tauchte Dve Rode inmitten des von ihm selbst geschaffenen Wirrwarrs mit dem abstrusen Gedanken einer aus sämtlichen Reichstagsparteien zu bildenden Koalitionsregierung auf.

Der tiefste Grund des Konflikts ist jedoch die schwere Wirtschaftslage des Landes, die in der Hauptsache durch den Begriff der Deflation gekennzeichnet wird.

Verdummungsfeldzug des Reichslandbundes.

Richtlinien für „Bildungsabende“ auf dem Lande.

Der Reichslandbund bzw. die von ihm unterhaltene „Berufsständische Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirtschaft“ veranstaltet sogenannte volkswirtschaftliche Bildungsabende auf dem Lande. Die bis ins kleinste gehenden umfangreichen Richtlinien sind dem Deutschen Landarbeiterverband bekannt geworden, der sie über die Reihen seiner Mitglieder hinaus der Landarbeiterkassen zur Kenntnis bringen wird, um den Verdummungsfeldzug des Reichslandbundes zu durchkreuzen.

Wir müssen uns hier leider auf die Ausführung einiger Punkte dieser interessanten „Richtlinien“ beschränken.

„Einladender ist an Orten mit Arbeitergruppen des Landbundes deren Vorsitzender. Fehlen solche Gruppen, so kann der Vorsitzende einer anderen nationalen Organisation,

in der Arbeiter des betreffenden Gutes vertreten sind, einladen, fehlt auch diese, so einfach der Arbeitgeber... Das Rauchen muß gestattet werden.“

„Zu stürmische Anbiederungsversuche

am ersten Abend sind zu unterlassen, da sie bei dem angeborenen Mißtrauen des Arbeiters nur negativen Erfolg haben. Dagegen ist die Reugierde der Arbeiter betreffs Herkunft des Lehrers zu befriedigen und ihr Mißtrauen wegen Unterbringung beim Chef usw. zu zerstreuen.

Rotwendig ist es, im Verlauf des nächsten Tages die Arbeiter bei einem Rundgang an ihrer Arbeitsstätte aufzusuchen und mit ihnen in ein (aber nicht zu noises) Gespräch über ihre jeweilige Beschäftigungsart zu kommen. Wesentlich ist, daß der Wanderlehrer vom ersten Augenblick ab, unter Umständen schon durch den Kassier, der ihn abholt (aber vorsichtig) sich über die Verhältnisse auf dem Gute informiert, wozu ihm das vorgegedruckte Berichtsformular die nötigen Anhaltspunkte gibt. Er muß dem Chef, den Angestellten und Arbeitern gegenüber das notwendige Interesse für die Landwirtschaft zeigen und spätestens am zweiten Abend ein ungefähres Bild über die wirtschaftlichen und Lebensverhältnisse auf dem Gute haben. Er darf sich nicht betören lassen durch Hinweise wie: Die und die Leute sind knallrot und ähnliche Äußerungen, sondern er muß von vornherein versuchen, das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Ihm mit etwas Humor zu wirken, ist dankbar und in Form eines Bierabends abzuschließen ratsam, wenn das Interesse für den Kursus bis zum letzten Abend sich gesteigert hat oder mindestens gleich geblieben ist. Vorsicht ist hier jedoch geboten bei sehr roten Nachbarhöfen.

die Freiwirtschaftler gern zur Agitation gegen die Befugten benutzen. Teilnahme des Lehrers und besonders der Beamten am Kursus ist dringend erwünscht, jedoch sind mindestens einen Abend die Arbeiter mit dem Lehrer allein zu lassen, damit sie auch Fragen stellen, die sie in Gegenwart ihrer Vorgesetzten unterlassen.

Es soll gesprochen werden: am ersten Abend über die Anfänge der Wirtschaftspolitik, am zweiten Abend über die Schulgasse, die Handelsverträge, die Privatwirtschaft, am dritten Abend über den Kapitalismus als Unternehmertum in der Industrie, über die Auswirkung des Kapitalismus auf die Arbeiter, über den landwirtschaftlichen Besitz, über den landwirtschaftlichen Arbeiter, über die Entwicklungstendenzen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeiterpolitik, am vierten Abend über die Staatsauffassungen, am fünften Abend über die Reparationspolitik, über den wirtschaftlichen Zusammenbruch und über alle die Fragen, die bei der gegenwärtigen Agitation des Reichslandbundes eine besondere Rolle spielen.

In einer Nummerung zu dem Thema des zweiten Abends wird empfohlen, den Eindruck streng sachlicher Behandlung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge — unter agrarischem Gesichtswinkel — zu erwecken, weiter aber das Eingehen auf sozialistische Gedankengänge zu vermeiden.

Gegenjäger gibt es hier nicht!

Die Befehle der Landarbeiter über ihr Verhältnis zu ihrem Herrn erfolgt nach diesen Leitlinien:

„Das Wesen der Landwirtschaft verlangt vom Arbeitgeber ein bedeutendes Maß von Vertrauen zu seinen Arbeitern, die auch unkontrolliert mehr Verantwortungsfähigkeit als die Industriearbeiter besitzen müssen. Räumliche Gebundenheit an einen Ort und an dieselbe Scholle, sowie die gleiche Abhängigkeit von höheren Gewalten, lassen Gegenjäger so leicht nicht aufkommen.“

Wie der Landarbeiter anzufassen ist:

„Der landwirtschaftliche Arbeiter ist Landwirt (!). Große Vielfältigkeit in seinen beruflichen Pflichten erhalten seine Freude an der Natur. Möglichst breite Schilderung des Landlebens unter Heranbeziehung seiner Vorteile. Ferner die Abhängigkeit des gewaltigen besser entlohnenden Industriearbeiters von Wirtschaftskrisen, die ihm Heim und Arbeit nehmen können.“

Der Pferdefuß!

Für den fünften Vortragsabend wird folgendes vorgeschlagen: „Ganz kurze Entwicklung des Wertgemeinschaftsgedankens gegenüber dem Genossenschaftsgedanken. Gegenseitige Erziehung! Erhaltung der Frontkameradschaft, Zusammenschluß der Berufsstände und Schaffung eines Blocks der Anständigen aus allen Lagern. Vorsicht: nicht zu patriotisch schließen!“

Den Abschluß der Richtlinien bildet ein Kapitel überschrieben: „Allgemeine Bemerkungen“. Darin heißt es: „Man muß den Kursus so abschließen, daß man bei den Leuten das Bewußtsein hinterläßt: Der Mann hat sachlich gesprochen. Dadurch entfaltet man für die Zukunft die roten

Seher und kann auf noch besseren Besuch beim zweiten Kursus rechnen. Man darf

keine scharfe Tendenz

bringen, sondern muß so enden, daß bei den Schläueren die logische Folgerung zum Wertgemeinschaftsgedanken nicht mehr schwer fällt. Beim zweiten Kursus kommt es darauf an, unter Verzicht auf Effekte belehrend zu wirken und ohne Bräuderie auch den Lehren des Marxismus mit sachlicher Kritik zu begegnen.

Den Arbeitgeber muß man schon nach dem ersten Kursus tatvoll auf die für ihn aus der Aufklärungsarbeit erwachsenden Konsequenzen (gesteigerte kritische Beurteilung seines Verhaltens) hinweisen.

Weitere Folgen zu ziehen und nachzupassen, ist Aufgabe des Arbeitersekretärs bzw.

des Stahlhelmsverbeeßers.

weswegen sich für den Wanderlehrer empfiehlt, bei seiner Arbeit in dem jeweiligen Kreise mit oben genannten Herren in Führung zu kommen und Beobachtungen auszusprechen.“

Die Kosten dieser „Erziehungsarbeit“ müssen die armen Gutsbesitzer selber zahlen:

„1. Von der Kursusgebühr sind 25 Mark an uns (Konto „Arbeitsgemeinschaft“ bei der Bank für Landwirtschaft, Berlin), die restlichen 25 Mark als Voranschuss an den Wanderlehrer auszuzahlen.

2. Sonstige entstandene Barausgaben sind unmittelbar dem Wanderlehrer auszuzahlen...“ schrieb man einem mecklenburgischen Gutsbesitzer.

Nachdem wir gesehen haben was hier gespielt wird, gilt es die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Landarbeitern die Augen zu öffnen. Sie müssen sonst noch obenbreiten die Kosten für die Verdummungsaktion mit Zins- und Zinseszins an ihre Herren zurückzahlen. Die Wanderlehrer des Reichslandbundes, die sich den Arbeitern in der Biedermannsmasche der Uneigennützigkeit nahen, sind die bezahlten Agenten des landwirtschaftlichen Unternehmertums, die weder die idealen noch materiellen Interessen der Landarbeiter, sondern die Profitinteressen der Unternehmer zu verfolgen haben.

Ueberschichten und Soziallasten.

Ein Kapitel Unternehmerrpolitik.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Der englische Bergarbeiterstreik hat eine völlige Umwälzung der deutschen Kohlenwirtschaft innerhalb weniger Monate hervorgerufen. Im Ruhrgebiet herrscht Hochkonjunktur. Die in Betrieb gehaltenen Zechen sind vollauf beschäftigt. Ueberschichten auf Ueberschichten werden verfahren.

Es wäre an der Zeit, zunächst einmal dafür zu sorgen, daß die arbeitslosen Bergarbeiter in den Produktionsprozess eingereiht würden. Vielen Erwerbslosen könnte auf diese Art Arbeitsgelegenheit gegeben werden. Der Gesundheitszustand der einzelnen Arbeiter wie der unserer Gesamtwirtschaft würde darunter gewiß nicht leiden.

Die Rotwendigkeit solcher Einstellungen ergibt sich aus folgendem. Im Ruhrgebiet betrug die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter: im Frieden 430 000 Mann, im Oktober 1926 400 891 Mann. Rühin waren im Oktober noch 29 109 Arbeiter im Ruhrgebiet weniger als im Frieden beschäftigt. Rechnet man auf je Belegschaftsmittelglied zwei Ueberschichten, so ergibt dieses für den Monat Oktober 801 782 Schichten. Die verfahrenen Ueberschichten auf einen Arbeiter umgerechnet, den Monat zu 26 Arbeitstagen, so ergibt das rund 30 837 Arbeiter, die im Oktober mehr beschäftigt werden konnten. Es wäre hier die beste Gelegenheit geboten, sehr viel Rot und Glend zu lindern.

Die Stilllegung der Betriebe wurde infolge der Klagelieder der Unternehmer durch die Kurzsichtigkeit der maßgebenden Instanzen sehr leicht gemacht. Die Genehmigung zur Stilllegung hatte ein Anschwollen der Arbeitslosenziffern zur Folge. Ein Teil der Schachtanlagen ist inzwischen dem Erdboden gleichgemacht. Die Unternehmer klagten aber über „hohe Soziallasten“, die gerade durch ihre Politik verursacht werden.

Die Forderungen der Beamten.

Nicht einmalige, laufende Zulagen sind notwendig.

Im Anschluß an die Besprechung mit dem Reichsfinanzminister haben sich die Vertreter der unten angeführten Organisationen zu einer Besprechung zusammengefunden und einstimmig folgende Entschliebung gefaßt:

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Ring Deutscher Beamtenverbände, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften und der Gewerkschaftsbund der Angestellten haben im Anschluß an die Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Stellung genommen zu der Frage einer Besetzungsaufbesserung für die von ihnen vertretenen Beamten und Behördenangestellten. Hierbei stellten sie als ihre übereinstimmende Meinung fest, daß der wirtschaftlichen Notlage ihrer Mitglieder durch die vom Reichsfinanzminister geplante einmalige Zulage in geringer Höhe keineswegs abgeholfen werden kann. Die genannten Organisationen erwarten vielmehr vom Reichstag, daß er durch eine alsbald vorzunehmende angemessene Er-

höhung der laufenden Bezüge für die unteren und mittleren Gruppen und durch Anpaßung des Wohnungsgeldes an die gestiegenen Mieten endlich die Existenz dieser Gruppen auch für die kommende Zeit sicherstellt.

Rote Frontkämpfer gegen Berufsmusiker.

Theorie und Praxis der KPD.

Von einem arbeitslosen Mitglied des Deutschen Musikerverbandes wird uns geschrieben:

Die KPD. veranstaltet gegenwärtig einen Kongreß der Erwerbslosen, um sich den Anschein zu geben, als hätten die Kommunisten es sich zur Aufgabe gesetzt, das Los der Erwerbslosen irgendwie zu erleichtern. Wie es mit der Fürsorge der Kommunisten für die Erwerbslosen bestellt ist, dafür folgendes Beispiel:

Die kommunistisch eingestellte Orchestergruppe Lettow des Arbeiter-Kadführerbundes „Solidarität“ hatte am 13. November ein Herbstkonzert in Klein-Rachnow veranstaltet. Zu diesem Konzerte gab es auch eine Tanzmusik. Als Musiker hat man nicht etwa gewerkschaftlich organisierte Berufsmusiker engagiert, von denen so viele erwerbslos sind, sondern die Tanzmusik wurde ausgeführt von der „Schallmeienkapelle des Roten Frontkämpferbundes“. Ueber die musikalischen Leistungen dieser famosen Schallmeienkapelle soll hier lieber nicht gesprochen werden. Diese Handlungsweise der Kommunisten zeigt so recht deutlich, wie der Kongreß der Erwerbslosen zu bewerten ist.

Die gelben Lieblinge der Unternehmer.

Wenn die Unternehmer Arbeiter finden, die sich mit ihnen in wertgemeinschaftlicher Weise zusammenfinden, so kann man ihnen das nicht verdenken. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft will aber nichts gemein haben mit dem gelben Gelichter. In der Kottbuser Str. 28 im „Bilfator“, Inhaber Wiesner, werden nur Mitglieder und Vorstandsmitglieder des gelben Fachverbandes deutscher Kellner, Brandenburgische, beschäftigt. Was organisierte Arbeiter beachten werden.

Nach der englischen Streikniederlage.

Den Scharfmachern schwillt der Kamm.

London, 2. Dezember. (B.T.) Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: In parlamentarischen Kreisen wird zusehends erwartet, daß die Abänderung des Gewerkschaftsgesetzes, die in der nächsten Session von der Regierung dem Parlament vorgelegt werden wird, einen Generalstreik wie den vom letzten Mal für ungewisslich erklären wird, und daß im Falle eines neuen Generalstreiks die Gewerkschaftsführer ihrer Immunität verlustig gehen werden, die sie im Falle eines gefällig erlaubten Streiks genießen.

Die volle Kompottschüssel.

London, 2. Dezember. (B.T.) In einem Briefe des Verbandes britischer Industriellen an den Premierminister wird auf die großen Lasten hingewiesen, die der Industrie in der schwierigen Zeit nach dem Kriege durch die verschiedenen neu eingeführten sozialpolitischen Gesetze (Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung, Pensionen) erwachsen. Die Unkosten werden auf 87 500 000 Pfund geschätzt, wovon ein erheblicher Teil von der Industrie aufgebracht werden müsse. Es wird erklärt, daß dies ein erhebliches Hemmnis für die Industrie, auch im Hinblick auf den ausländischen Wettbewerb, bedeutet, und die Regierung wird dringend aufgefordert, der Industrie angesichts der ernsten Lage keine neue Bürde aufzuerlegen, bevor die Zustände normal geworden sind.

Gehaltskonflikt auf der österreichischen Bundesbahn.

Wien, 2. Dezember. (U.) In einer Versammlung der Bundesbahnbeamten wurde gestern scharf Stellung genommen gegen die Haltung der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen in der Frage der Gehaltserhöhung. Die Versammlung nahm eine Entschliebung an, in der erklärt wird, daß zu dem Mittel des Streiks geschritten werden müsse, wenn die Verhandlungen mit der Generaldirektion nicht bald zu einem befriedigenden Ergebnis führten.

Der Ulausche Gewerkschaftsbund hat sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam angeschlossen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. s., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftsstelle: Berlin 414, Eberhardstr. 17/18 Hof 2 Tz.
Kreisverein Schöneberg-Friedenau, Kameradschaft Rubens. Monatsversammlung heute abend, 8 Uhr, bei Kühn, Rubensstraße 49. Erschließen Pflicht.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Armin Göttrich; Gewerkschaftsbewegung: Kriehs, Göttrich; Kultur: R. G. Weber; Soziale und Konkrete: Erik Roth; Anzeigen: Th. Glaser; Familie in Berlin: Berios; Bornstraß-Berlin G. m. b. H.; Berlin; Druck: Bornstraß-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

ZAHNE mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark, ohne Gaumen, Brücken von 5 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis.
Hatvani Luisenstr. 27 / Charlbg., Schlüterstr. 73

Berliner Elektriker Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sez. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Plötzberg 9831
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Köpenick 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf
aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführe. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Schützt Eure Bücher



Bucherschrank in Eichen
Mk. 39.00
1,32 m hoch, 0,70 breit
in hell, braun oder
dunkel. Nach Größe
im Lager. Versäumt
nach Auslieferung.
E. Meckelburg,
Uerwirts-Spedition
Berlino-Expositio.
Schulstraße 59
Tel. Rotenflag 804
Geöffnet von 7-7 Uhr

Winter-Stiefel

zuverlässig, unzerstörlich nur bei
H. Bähr
Berlin, Spittelmarkt 7, vor der Brücke

Volks-Film-Bühne

im Städtischen Lichtspielhaus, Neukölln, Bergstraße 147.

Volks-Film-Bühne

im Städtischen Lichtspielhaus, Neukölln, Bergstraße 147.

Der Sohn der Berge

Der neue russische Groß-Film
Ein Drama aus dem Hochgebirge des Kaukasus
und
das glänzende Beiprogramm.

Spieltage Freitag, Sonnabend und Sonntag jeder Woche. Beginn der Vorstellungen an den Wochentagen 7, 9 u. 9 Uhr, Sonntags 5, 7 u. 9 Uhr. Eintrittspreise M. 0.60, 0.80 u. 1.—
Verantwortliche Leitung: Arbeiter-Filmgenossenschaft.

Ratten und Mäuse

werden total ausgerötet, wenn Sie unser anerkanntes und toxischer wirkendes Nagerrottungsmittel „ROTSALZ“ verwenden. Viele Anerkennungen, Nachbestellungen und Weiterempfehlungen großer Firmen und Behörden beweisen verblüffende Wirkung.

So schreibt u. a. die Vereinigte Seidenweberei A.-G., Krefeld:
„Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, daß die bisherigen Versuche in zwei unserer Fabriken günstig ausgefallen sind und nachhaltige Wirkung gezeigt haben. Wir bitten uns zu senden:“

Rotsalz gegen Ratten und Mäuse Grünsalz gegen schäd. Insekten

sind absolut sicher wirkende Tötungsmittel, unbegrenzt haltbar, von den Schädlingen gern genommen.
Rot- und Grünsalz kosten:
1/2-Pfd-Päckchen 2,10 M., 1 Pfd. 3,60 M., 2 Pfd. 6,60 M.,
6 Pfd. 18,60 M., 10 Pfd. 30,60 M.

Ausführliche Prospekte kostenlos. — Versand gegen
Nachnahme oder Voreinsendung auf Postcheckkonto
Berlin 24633, bei Voreinsendung portofreie Lieferung

Chemisch-technische Gesellschaft

von Malottki & Co.
Berlin NW 40, Reichstagsufer 1